

VERÖFFENTLICHUNGEN ZUR KOMMUNALEN KOMMUNIKATION. Eine Sammelrezension

Daß der lokale Teil in den Tageszeitungen ein tragendes Ressort ist, kann mittlerweile als Binsenweisheit gelten. Die Diskussion über die Regionalisierung in den Hörfunk- und Fernsehprogrammen hat zu einer Reihe mehr oder weniger geglückter Angebote geführt. Obwohl die Besatzungsmächte 1945 den Deutschen beizubringen versuchten, daß Demokratie sich 'von unten' entwickeln müsse, ist schon aus technischen Gründen allein die Presse diesem Motto gerecht geworden. Jahrzehntlang war es ihre Aufgabe, über die kommunalpolitischen Entwicklungen detailliert zu berichten. Seit der Presse die Markenartikelwerbung zumindest teilweise verlorengegangen ist, bemüht sie sich verstärkt um den lokalen und regionalen Anzeigenteil. Diese Wendung fand etwa gleichzeitig mit dem Entstehen basisdemokratischer Gruppierungen statt. Letzte befinden sich in einem argen Dilemma, seit von der Bundespost die Verkabelung der Bundes-

republik massiv vorangetrieben wird. Einerseits bietet sich ihnen möglicherweise über das Kabelfernsehen ein Forum zur Darstellung der eigenen Positionen im 'offenen Kanal'. Andererseits wird gegen die quantitative Ausweitung des Fernsehens mit seinen unübersehbaren psychologischen und gesellschaftspolitischen Folgen polemisiert.

Die Wissenschaft hat sich, von der Öffentlichkeit meistens übersehen, schon seit Ende der sechziger Jahre aus soziologischer Perspektive, oft am Beispiel US-amerikanischer Strömungen, um das Thema gekümmert. Zu nennen wären hier Arbeiten von A. Ammon (1967), B. Armbruster / R. Leisner (1975), H. Arndt (1967), G. Blaszyk (1974), G. Blankenburg / U. Kneer / R. Theis (1970), H. Borghorst (1976), H.-U. Derlin (1976), P. Dorsch (1972), um nur einige Autoren zu nennen, die aus dem kommunal- und kommunikationswissenschaftlichen Umfeld stammen. Einen guten Einblick in den Forschungsstand erlaubt die Münsteraner Dissertation von

Otfried Jarren: Kommunale Kommunikation. Eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sublokaler Medien.- München: Minerva-Publikation 1984 (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd. 14), 388 S., DM 48,-

Jarren, der sich ausschließlich mit den Printmedien beschäftigt, vertritt die These einer "publizistischen Unterversorgung" im kommunalen Raum als Folge des Konzentrationsprozesses. Vor allem kleinere Städte und Gemeinden kämen in den Medien häufig zu kurz oder gar nicht mehr vor. Stadtmagazine, lokale Parteizeitungen, Gemeinde- oder Pfarrbriefe der Kirchen, Initiativzeitungen von Bürgergruppen und sogenannte Volksblätter seien in die Marktlücke gestoßen, ohne allerdings bisher eine echte Konkurrenz zur lokalen Tagespresse darzustellen.

Im Vordergrund stehen drei Fragen:

- Können die neu entstandenen lokalen und sublokalen Druckmedien vorhandene Defizite ausgleichen?
- Welchen Anteil haben die neu entstandenen Druckmedien an der Organisation politischer Meinungs- und Willensbildungsprozesse?
- Werden durch die neu entstandenen Druckmedien bestehende Auswahlstrukturen (in den Redaktionen und beim Leser) beeinflusst oder verändert?

Jarren bemüht sich einleitend um einen theoretischen Bezugsrahmen. Dabei setzt er sich kritisch mit den funktionalistischen Ansätzen der siebziger Jahre (Ronneberger, Silbermann/Zahn, Bergsdorf, Glotz/Langenbacher/Mahle u.a.) auseinander, um am Ende Claus Eurich rechtzugeben, das Jonglieren mit den Funktionen der Massenmedien eigne sich hervorragend dazu, in den kommunikationspolitischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen die jeweils vorgefaßte Meinung zu bestätigen. Es geht um die Frage, ob Massenkommunikation ein eigenständiges System ist oder ein Subsystem des politökonomischen Systems. Jarrens Position wird deutlich, wenn er sich direkt auf die Studien von Zoll und Hennig bezieht und für einen Ansatz zur Analyse politischer Kommunikationsprozesse plädiert, der

von Heribert Schatz im Anschluß an Claus Offe entwickelt und durch Stephan Russ-Mohl erweitert wurde. Massenkommunikation funktioniert nach diesem Verständnis im Sinne eines "Medienfilters", über den im Meinungs- und Willensbildungsprozeß und Anforderungen aus dem legitimatorischen (normativen) System an das politisch-administrative System vermittelt werden. Dabei sind sozial-staatliche Leistungen und Massenloyalität als Variable wirksam. Im Gegensatz dazu verlaufen die Anforderungen aus dem ökonomischen System unvermittelt.

Obwohl Jarren aus dieser theoretischen Positionsbestimmung für seine weitgehend deduktiv verfahrenende Analyse der Alternativpresse einen unvollkommenen Gebrauch macht, ist sein Konzept jedoch im Sinne eines wichtigen Erkenntnisfortschritts anzuerkennen. Der Autor faßt es in vier Thesen zusammen:

1. Lokale und sublokale Alternativmedien sind vor allem wegen der bestehenden Informations- und Kommunikationsdefizite entstanden, die nur zum Teil auf den Konzentrationsprozeß zurückzuführen sind.
2. Die ergänzenden Publikationen verändern die kommunale Kommunikationsstruktur durch spezifisch neue Informationsangebote.
3. Die ergänzenden Druckmedien beeinflussen die etablierten Institutionen und Massenmedien nur punktuell und beschränkt bei einzelnen sozialen und politischen Konflikten.
4. Die neuen lokalen und sublokalen Druckmedien sind als Teil einer "Gesinnungspresse" am Informationsvermittlungsprozeß beteiligt, dienen aber zugleich der internen Selbstverständnisdiskussion innerhalb der sie herausgebenden Gruppe.

Nach dem Verständnis Jarrens hängt also die Reichweite und die Akzeptanz dieser Publikationen etwa von den gleichen Faktoren ab, die für das Schicksal der Parteipresse maßgebend waren.

Die empirische Untersuchung von

Theo Rombach: Lokalzeitung und Partizipation am Gemeindeleben.- Berlin: Spiess 1983 (Hochschul-Skripten: Medien 27), 348 S., DM 54,-

hat Jarren noch nicht einbeziehen können. Dagegen verwendete Rombach einige frühere Studien von Jarren aus den Jahren 1980 und 1981. Zwar zieht Rombach Claus Offe heran, bleibt aber sonst hinter dem theoretischen Erkenntnisstand von Jarren zurück und kann als Vertreter der funktionalistischen Schule bezeichnet werden, für die hier etwa die Studien von Manfred Rühl stehen. Die Lokalzeitung hat für Rombach die Funktion, dem Leser die für seine Partizipation nötige Information zu liefern. Um den Leistungskatalog zu definieren, untersucht der Autor die Lokalpresse als Vermittler partizipationsrelevanter Informationen. Er wendet sich gegen die 1972 von Ronneberger/Stuiber entwickelten Vorstellungen vom Interaktionsfeld soziales System - Zeitung, das nach ihrer Ansicht fünf Hauptvariablen umfaßt: Sozialstruktur, Kommunikationsstruktur, organisierte Interessenstruktur, demokratische Normen, Zeitungsstruktur. Rombach kritisiert die mangelnde Differenzierung dieser Kategorien.

Die von Ronneberger/Stuiber angenommenen Kommunikationsräume (Vertriebsgebiete) möchte Rombach eher schichtenspezifisch interpretiert wissen. In diesem Sinne hält er den Entwurf von Will Teichert (1979) für plausibler, wenn auch ergänzungsbedürftig. Die Aufhebung des Widerspruchs zwischen funktionaler und räumlicher Regiondefinition könne dadurch geschehen, daß man auf die demokratietheoretischen Grundlagen rekurriere.

Obwohl die zahlreichen normenbedingten Restriktionen der Partizipation in der Kommune von Rombach anerkannt werden, bleibt der Autor bei seiner Analyse streng im Bereich des etablierten Printmediums "Lokalzeitung". Seine Inhaltsanalyse bezieht sich auf die 'Schwäbische Post', 'Heidenheimer Neue Presse', 'Heidenheimer Zeitung', 'Filderzeitung', 'Schwäbische Zeitung' und 'Esslinger Zeitung', deren gesamte regionale und lokale Berichterstattung für den November 1979 untersucht wurde. Gleichzeitig hat Rombach von Oktober 1979 bis Januar 1980 eine Befragung von Wirtschaftsvertretern und Redakteuren durchgeführt, um Fremd- und Selbstverständnis zur publizistischen Monopolsituation in den betreffenden Gemeinden herauszufinden.

Rombach bestätigt die schon in früheren Studien ermittelten Ergebnisse, wie mangelnde Kritikbereitschaft der Lokalzeitung ("Hofberichterstattung"), ausführliche Berichterstattung über Humaninterest-Themen, Kunst und Kultur sowie Freizeitbereich und Vereine, ferner kommunale Angelegenheiten, "wobei jedoch der politische Aspekt (...) und die Planungsprozesse weitgehend unberücksichtigt bleiben". Die überregionale Verflochtenheit und Langfristigkeit der Kommunalpolitik werde in der Lokalpresse zumeist nicht beachtet. Rombach möchte durch den Inhaltsvergleich der in verschiedenen Städten erscheinenden Zeitungen über die Begrenzung von Einzelfallstudien hinauskommen.

Seine Ergebnisse bringen aber, wie zumeist bei empirischen Studien, fast nur mehr Details. Dort, wo die Inhaltsanalyse an ihre natürliche Grenze stößt, wie z.B. bei der Frage nach dem Einfluß des Wettbewerbs auf die Angleichung der Inhalte, hat Rombach für den Leser nur den Hinweis parat, mit anderen Methoden müsse zukünftig insbesondere dieser Problematik nachgegangen werden (S. 125). Wegen seiner Perspektive bleiben die Aussagen über partizipationsrelevante Informationen ebenfalls eher begrenzt gültig, wußte man doch bereits vor dieser Arbeit, daß die Berichterstattung über Arbeitswelt und Verbraucherfragen defizitär ist. Die Frage, woher denn die apolitische Grundkonzeption unserer Printmedien rühren möge, ob sie nicht vielleicht in der Struktur unseres gesellschaftlichen Systems angelegt ist, diese Frage stellt sich Rombach nicht. Nicht erst seit der Studie von I. Neverla (1979) war bekannt, daß die Redakteure zuwenig Zeit für Eigenarbeit haben (Recherche, Themensuche, Kommentar) und sie trotz der Arbeitsbelastung mit oft mehr als 60 Stunden im Lokalteil mit ihrer Berufssituation zufrieden sind. Rombach kann mit Hilfe seiner Verfahrensweise keine neuen Erkenntnisse über die Ursachen von redaktionellen Defiziten und journalistischer Selbstzufriedenheit gewinnen. Stattdessen begnügt er sich mit der Wiedergabe des österreichischen Projekts "Planquadrat", über das H. Voigl / E. Guggenberger / P. Pirker 1977 berichtet haben. Es handelt sich dabei um ein Projekt des

österreichischen Rundfunks, einen Film über Wiener Hinterhöfe, der modellhaft Stadterneuerung unter Einbeziehung der Bevölkerung behandelt. Gewiß hätte Rombach für seine Analyse, die an der Universität Hohenheim im Rahmen eines größeren Projekts entstanden ist, wichtige Anregungen erhalten, wenn er sich zuvor mit der aus der relativ jungen Disziplin "Raumplanung" stammenden Literatur beschäftigt hätte.

Zweifellos wird künftig das Feld der elektronischen Medien und ihr Einfluß auf die Kommunalpolitik immer wichtiger werden. Während bisher die sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund standen, widmet sich

Klaus Schmidt: Die verkabelte Gemeinde.- Stuttgart, München, Hannover: Boorberg 1984 (Kommunalforschung für die Praxis, Heft 13), 56 S., DM 14,-

den Interessengegensätzen und Kompetenzstreitigkeiten, die sich aus der Medienpolitik der neuen Bundesregierung ergeben werden. Der Autor versteht seine Schrift nicht als kritischen Beitrag, sondern als Information in konzentrierter Form, um Gemeindevertretern und interessierten Mitbürgern über die derzeit zutage tretende Ratlosigkeit hinwegzuhelfen. In seinem Vorwort empfiehlt der Würzburger Kommunalwissenschaftler Franz-Ludwig Knemeyer den Kommunen eine gesunde Skepsis wegen der auf sie zukommenden finanziellen Belastungen bei Einführung der Kabeltechnologie und Programmproduktion. Grundsätzlich meint er aber, die Kabeltechnologie könne für das gemeindliche "Innenleben" positive Wirkungen "entfalten".

Klaus Schmidt bemüht sich, seinen Lesern einen umfassenden Überblick über die medienpolitische Diskussion zu geben, dabei spart er Skepsis und Kritik keineswegs aus, ohne sich allerdings selbst mit einem eigenen Urteil einzumengen.

So darf man denn auch vom Autor unter Überschriften wie 'Welche Möglichkeiten eröffnet die Kabelkommunikation den Gemeinden?' keine eigenen Antworten erwarten, sondern Stellungnahmen des Deutschen Städtetages oder anderer gesellschaftlicher Institutionen. In seinem Ausblick meint Klaus Schmidt, die Kabeltechnologie eröffnet "unumstritten neue, interessante Kommunikationsmöglichkeiten". Für Städte und Gemeinden dürften die neuen Medien Beschleunigung und Effektivierung von Verwaltungsabläufen mit sich bringen. Der interkommunale Informationsaustausch werde "möglicherweise erleichtert". Nicht zuletzt profitiere der Bürger von verbesserten kommunalen Serviceleistungen. Schmidt weist aber zu Recht darauf hin, "daß ein intaktes Gemeindeleben und persönliche Kommunikation Werte an sich darstellen". Dies sollte bei aller Medienbegeisterung nicht in Vergessenheit geraten.

Einen Blick über den Zaun erlaubt uns die "Vorstudie zum Design der Versuchsphase und zu den vorgesehenen Begleituntersuchungen gemäß der Verordnung über lokale Rundfunk-Versuche vom 7. Juni 1982", die

Armin Walpen und Franz A. Zölch (Hrsg.): Lokale Rundfunk-Versuche.- Aarau, Frankfurt a.M., Salzburg: Verlag Sauerländer 1983 (Beiträge zur Kommunikations- und Medienpolitik, Bd. 3), 146 S., DM 67,-

vorgelegt haben, und die von Ulrich Saxer unter Mitarbeit von Heinz Bonfadelli, Martin Gollmer und Walter Hättenschwiler verfaßt wurde. Es geht dabei um die Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen für die medienpolitische Entscheidungsfindung in der Schweiz, was von Zölch als ein Novum bezeichnet wird. Das Interesse an Lokalfunk schein groß zu sein, was der Mitherausgeber aus der Zahl der Gesuchsteller für lokalen Rundfunk und die hochgeschraubten Erwartungen auf den medienpolitisch wichtigen, inzwischen positiv ausgefallenen, Entscheid des Schweizerischen Bundesrats schließen zu können meint.

Saxer ist als Vorstand des Zürcher Journalistischen Seminars auch in der Bundesrepublik als hervorragender Fachmann bekannt. Er geht bei seinen Überlegungen von den Erfahrungen aus, die mit dem deutschen 'Telekommunikationsbericht' der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (Bonn 1976) bereits vorliegen. Auch sonst sind in die Überlegungen Saxers wichtige Stellungnahmen aus der deutschen Forschung eingegangen. Daraus läßt sich ablesen, daß die Vorstudie nicht von einem isolierten Schweizer Standpunkt ausgeht. Für den deutschen Leser ist interessant, wie in einem föderalistisch anders strukturierten Land mit geographisch die Verkabelung eher fördernden Faktoren Lösungen gesucht werden, die Bevölkerungsstruktur, Topographie und Sprachdimension berücksichtigen. In weiten Teilen entspricht die vorliegende Schrift den jetzt in der Bundesrepublik Deutschland für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erarbeiteten Medienatlanten. Das macht den für einige Zeit gültigen Wert dieser Publikation aus.

Kurt Koszyk